

Dresdner Neueste Nachrichten

Abgabepreise: Die 28. und letzte Seite kostet 0,30 Reichsmark, für andere 0,25 Reichsmark. Die Anzeigenpreise im Anhang an den letzten Tag. 70 mm breit, 1,50 Reichsmark, für andere 1,00 Reichsmark. — Die Preisliste für den Anhang beträgt 0,10 Reichsmark. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Nächten kann eine Grotte nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 R. Mark bei freier Zustellung durch Boten
Postbezugspreis für Monat August 2,00 Reichsmark, für die 12 Monate 20,00 Reichsmark, für die 6 Monate 10,00 Reichsmark, nach dem Einzelnummer 10 R. Pfennig
Auslande 2,20 Reichsmark.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20 024, 27 951, 27 952, 27 953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060
Nichtverlangte Anzeigen (ohne Rücksicht) werden nicht zurückgeschickt und kostenfrei. — Im Falle höherer Gewalt Verantwortlichkeit oder Strafen haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Ersatzung oder Erstattung des entsprechenden Geldes.

Nr. 201

Sonntag, 28. August 1926

XXXIV. Jahrg.

Die Bahn nach Genf frei?

Die Mehrheit des Auswärtigen Ausschusses hinter Strefemann — Neues spanisches Memorandum in der Langerfrage
Der Kampf um die bürgerliche Einheitsliste in Sachsen

Rivera und seine Offiziere

Die Langerforderung ein innerpolitisches Ablenkungsmanöver?

Telegramm unseres Korrespondenten

w. London, 27. August

Hier erhalten sich alarmierende Gerüchte über eine neue Staatskrise in Spanien. Dem Daily Express wird aus Madrid an der spanisch-französischen Grenze gemeldet, daß auch nicht die geringsten Hoffnungen von der gegenwärtigen politischen Lage über die spanische Grenze gebracht werden dürfen. Die allerhöchste Gefahr sei wieder eingetreten worden, und so sei es zum Glück, daß die politische Lage in Spanien erst jetzt über die Sozialisten der Partei der Danksagung beruhigt und San Sebastian, daß der alte Konflikt zwischen Primo de Rivera und einem Teil der Kräfte der Regierung erste Sorge bereite. Man glaubt, daß die politische Lage in Spanien sich mit diesen Vorgängen in Zusammenhang bringen ließe. Das Direktorium wolle die öffentliche Aufmerksamkeit durch die von der inneren Unruhen ablenken. Der Grad der Gefahr gebe aus einer offiziellen Mitteilung des spanischen Herrscher. In ihr wird erklärt, die Regierung beabsichtige, energische Maßnahmen zu ergreifen, um alle Empörungsbewegungen zu unterdrücken. Die Offiziere aber beharren nach wie vor auf der Rückkehr zum Soldaten der Verfassung nach dem Dienstjahr. Wenn die Verfassung, welche die Verfassung allein nach Verdienst versichert, nicht zurückgenommen werde, kann es zu einer Militärrevolte kommen.

Das Kabinett hielt eine Reihe von Sitzungen ab, um über die Lage zu beraten. Nach den Times wurde gestern von ihrem Korrespondenten aus Madrid telegraphisch, anhaltenden Gerüchten zufolge sollen die Offiziere der Militärrevolte sofort Maßnahmen

gegen Primo de Rivera ergreifen haben, um die Rücknahme der künftigen Verfassung vom 18. Juli über die Verfassung durch Wahl zu erlangen. Die Verfassung hat allerlei feindliche Demonstrationen gegen Primo de Rivera hervorgerufen. Zum Beispiel haben sich die Offiziere geweigert, Versammlungen beizumischen, bei denen er zugegen war.

Um Langer

Spanien formuliert erneut seine Forderung

Telegramm unseres Korrespondenten

w. London, 27. August

Die nunmehr erfolgte schriftliche Mitteilung von Spanien Langerforderung hat nach dem Urteil der diplomatischen Kreise nicht an der Sachlage geändert. Spanien hat inoffiziell bekanntlich bereits ein schriftliches Memorandum durch seinen Botschafter überreichen lassen. Dieses ist nun auch, wie der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph erklärt, der britischen und der französischen Regierung unterbreitet worden. Das Memorandum legt die bekannten Gründe für Spaniens Forderung dar. Ferner legt es auseinander, warum Spanien seinen Anspruch auf einen händlichen Vertrag im Völkerbundrat für berechtigt hält. Es wird wieder versucht, beide Verordnungen miteinander zu verknüpfen. Die britische Regierung lehnt ab, dem Generalkonferenz des Daily Telegraph zufolge, von ihrer früheren Absicht, die Verhandlungen über die Revision des Langer-Abkommens Spanien, Frankreich und Italien allein zu überlassen, etwas ab. Sie will sich von den Unterhaltungen dieser drei Mächte nicht ganz zurückziehen, sondern ihnen gewissermaßen als Zuhörer und freundlicher Ratgeber betreten. Sie will aber selbst keine Vorstöße machen, außer wo britische Interessen und andere lebenswichtige Interessen in Frage kommen.

Nach Strefemanns Bericht

Von unserem B.-Mitarbeiter

Berlin, 27. August

Mit der gestrigen Berichterstattung Dr. Strefemanns im Auswärtigen Ausschuss und der Diskussion, die auf seine Vorlegungen folgte, sind sowohl das Parlament in Betrachtung, die Erörterungen über Genf vorläufig abgeschlossen. Ein Antrag, das Plenum einzuberufen, ist gegen wenige Stimmen abgelehnt worden, ebenso ein weiterer Antrag, den Auswärtigen Ausschuss noch einmal nach der Tagung der Studienkommission zu versammeln. Der Antrag wurde lediglich, daß der Vorsitzende im Einvernehmen mit der Regierung den Ausschuss einberufen soll, wenn neue Aufgaben das wünschenswerte erscheinen lassen. Das Kabinett wird seinerseits in den nächsten Tagen sich zu der Frage zu äußern haben, welche Haltung die deutsche Delegation in Genf einnehmen soll. Der Vertreter Deutschlands in der Studienkommission, Herr v. Gutsch, wird am Freitag oder Samstag an einer Aussprache in Berlin erwartet. Erst dann wird das Kabinett sich über die Zusammensetzung der Delegation äußern können. Es ist die Frage, ob die Delegation aus anderen Regierungen nach Genf kommen, heißt noch nicht fest, mithin auch nicht, ob der Reichskanzler unsere Delegation führen wird. Die Frage der Beteiligung von Parlamentariern an der deutschen Delegation ist gleichfalls noch nicht geklärt. Wenn die Regierung die Teilnahme von Abgeordneten wünscht, die sich besonders mit der Außenpolitik beschäftigen, so tut sie das nicht etwa, um die Verantwortung auf das Parlament abzumägen. Nebenbei dieser Art scheinen hauptsächlich bei den Parteien zu bestehen, die der Regierungskoalition nicht angehören. Es wäre bedauerlich, wenn durch diese, wie uns scheinen will, ungerichtete Befürwortungen einzelne Persönlichkeiten, die ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme bereits ausgesprochen haben, sich abreden ließen. Es ist indes keineswegs ausgeschlossen, diese Delegationsmitglieder etwa in die Rolle bloßer Schlichter zu versetzen. Sie sollen vielmehr Deutschland in den einzelnen Kommissionen vertreten, und zwar in den Fragen, in denen man ihnen besonderes Sachvermögen zutrauen darf. Die nächste solche Sitzung unter Umständen sein kann, hat ja beispielsweise die Tätigkeit Paul-Boncourts bewiesen. Das die Regierung sich das Recht, die Teilnehmer der Delegation zu bestimmen, in keiner Weise verküpfen lassen kann, versteht sich von selbst. Ihre, nicht der Fraktionen, Sache wird es daher gegebenenfalls sein, auch die parlamentarischen Mitglieder zu wählen. Wie wir hören, hat im Hinblick auf die Aufstellung der Regierung, daß die deutsche Delegation erst nach Genf gehen kann, wenn ein redaktioneller Eintrag des Reichs in den Völkerbund gescheitert ist, Billigung gefunden. Wie denn überhaupt Dr. Strefemann mit seinem Referat, das auf einen außerordentlichen Ton geklungen war, an erhebliche Widersprüche nicht fiel, wenn auch Graf Berchthold natürlich in seiner Antwort an dem grundsätzlichen abweichenden Standpunkt seiner Partei festhielt.

In unrichtigster Weise glaubt man, auf ein befriedigendes Ergebnis der Beratungen der Studienkommission rechnen zu dürfen. Natürlich führen zwar Spanien und Polen den Kampf um den Ratifizierung noch immer weiter, aber man hat doch den Eindruck, daß in sehr starkem Maße Prestige Gründe dafür ausschlaggebend sind. Inwiefern werden die spanischen Ansprüche auf Langer als eine gewisse Entfremdung empfunden, denn sie zeigen, daß Spanien auf Langer mehr Wert legt als auf einen händlichen Vertrag. Wir haben, da wir nach dem Verkaufvertrag an Marokko bedauerlicherweise sein müssen, keinen Anlaß, uns in diesen Streit einzumischen, können aber den Befürwortern Spaniens von uns aus nur allen Erfolg wünschen. Auch aus Polens jüngsten Erklärungen möchte man schließen, daß es zum Einlenken bereit ist.

In der Studienkommission wird es sich, wie schon gestern berichtet wurde, hauptsächlich um eine geringfügige Änderung der Ratifizierung handeln, wie sie als erster Handverlei angelegt hat. Man scheint auf deutscher Seite zum Entgegenkommen geneigt zu sein, wenn Polen und Spanien sich durch die geplanten Änderungen für befriedigt erklären

würden. Dabei spielt offenbar bei einzelnen Mächten nicht so sehr die Forderung, die Dauer der Wahlbarkeit zu verlängern und die Wahlbarkeit selbst zu erweitern, als vielmehr der Wunsch eine Rolle, die Wiederwahlbarkeit bereits in dieser Septembertagung durchzuführen. Wiederwahlbarkeit bedingt aber, was zu beachten ist, keineswegs die Wiederwahl, über die lediglich die Bundesversammlung zu entscheiden hat. Es ist möglich, daß alle Mächte ihre Wiederwahl beantragen, nachdem Belgien seinen Anspruch bereits ausgedrückt und Prag dem Beispiel offenbar folgen will. Es wird daher voraussichtlich ein sehr lebhaftes Rennen geben, dessen Ausgang schwer zu bestimmen ist. Das Deutschland sich gegen das Datum der Bundesversammlung wenden würde, selbst wenn Polen als Sieger durchs Ziel gehen sollte, ist nicht anzunehmen. Es gibt Leute, die da meinen, daß ein Polen außerhalb des Völkerbundesrats und viel mehr dezentriert werden könnte als eines, das eines der anderen Mächte dort nicht befehlt. Wenn die Studienkommission — und man darf damit wohl rechnen — das neue, nach den Absichten und demobilisierten Wahlrecht sich zu eigen macht, bleibt allerdings immer noch die Frage offen, ob Spanien sich bei diesem Ergebnis beruhigen wird auch dann, wenn man es in der Langer-Frage nicht befriedigt. Das wird man abwarten müssen.

In Berlin glaubt man, daß nach Austragung aller Hindernisse die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sehr schnell vor sich gehen wird. Der erste und zweite Tag werden in Genf allerdings durch die Wahlen zum Präsidium und zum Bureau in Anspruch genommen sein. Am dritten, vielleicht aber schon am zweiten Tag werden voraussichtlich die für die Wahl notwendigen Modalitäten vorgeschrieben werden. Die Arbeiten der Aufnahmekommission sind beendet. Mithin hat die Bundesversammlung die Aufnahme zu beschließen, danach der Völkerbundrat Deutschland den händlichen Ratifizierung und schließlich die Völkerversammlung diesen Beschluß zu genehmigen. Es besteht offenbar die Absicht, auf drei Entscheidungen möglichst nahe beieinander. Sind sie gefallen, so würde eine entsprechende Mitteilung nach Berlin ergehen und daraufhin die Delegation ihre Reise nach Genf antreten.

Die Deutschnationalen gegen Strefemann

Einheitsfront mit den Kommunisten
H. Berlin, 27. August. (Ein. Pr.-Bericht.) Es hat einige Erkennen hervorgerufen, daß im Auswärtigen Ausschuss nicht nur die sozialistischen Vertreter, sondern auch die vier Deutschnationalen für den kommunistischen Antrag auf Zurückziehung des Eintrittsgeldes in den Völkerbund stimmten. Nach der verhältnismäßig mäßigen Oppositionsrede des Grafen Berchthold hätte man eigentlich nicht erwartet, die Deutschnationalen in einer Front mit den Kommunisten zu sehen. Um so weniger, als bekanntlich bisher unüberwunden dem Grafen Berchthold die Neuerung in den Mund gelegt worden war, daß die Deutschnationalen angeblich sich mit der Außenpolitik Strefemanns abfinden würden. Die gekürzte Haltung der Deutschnationalen scheint dieser Annahme zu widersprechen. Es könnte danach nicht überraschen, wenn die Fraktionsdelegation an dem Abgeordneten Poeth nicht scheitert, eine Einladung der Reichsregierung, in die deutsche Delegation für Genf einzutreten, anzunehmen.

Weiterer Rückgang der Erwerbslosigkeit

X. Berlin, 27. August. Der Rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge hat auch in der ersten Augusthälfte angehalten. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 1 228 000 am 1. August auf 1 227 000 am 15. August 1926 zurückgegangen, die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 224 000 auf 217 000, die Gesamtzahl von 1 452 000 auf 1 444 000. Der Gesamtrückgang beträgt somit 8 000 = 0,5 Prozent. Die Zahl der Anwartschaftsempfänger (unterstützte Familienangehörige) ist von 1 445 000 auf 1 444 000 gesunken.

Auch Paris ist optimistisch

Telegramm unseres Korrespondenten

ch. Paris, 27. August

Ueber das Ergebnis der Besprechungen zwischen den französischen Sachverständigen Frankreichs, England und Deutschlands wird in Paris bekannt, sie hätten sich auf folgenden Kompromiss geeinigt: Die Wahl für die parlamentarische Ratifizierung ist endgültig. Die Vollversammlung hat nicht das Recht, sie in Frage zu stellen. Den Mächten, die einen sogenannten händlichen Vertrag wünschen, wird eine Wiederwahl zugesichert, so daß ihr Mandat sich also praktisch auf sechs Jahre erstreckt. In uninformierten Kreisen wird erklärt, daß Polen sich bereit finden wird, diesem Kompromiss zuzustimmen, jedoch unter der Voraussetzung, daß außer Deutschland keine andere Macht einen händlichen Vertrag erhält. Außerdem könne Polen sich nur zufrieden erklären, wenn in Zukunft die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau „normal“ würden. Offenbar beabsichtigt der polnische Außenminister, Jelecki, der heute vor seiner Abreise nach Genf nochmals mit Brandt sprechen wird, für eine Zustimmung zu der vorgeschlagenen Lösung zu sorgen. Besonders die Frage der Niederlegung deutscher Handelskriterien in Polen wird in diesem Zusammenhang erwähnt.

In der Langerfrage nimmt man in Paris den Standpunkt ein, daß es allein Sache der Regierung ist, sich über diese Streitfrage zu verständigen. Das Journal schreibt heute, Frankreich werde um einen Preis einwilligen, daß die Langerfrage auf internationalen Boden gestellt werde, wie gewöhnlich spanische Schritte in Italien, Schweden und sogar in den Vereinigten Staaten beobachtet werden. Es sei möglich, die berechtigten Ansprüche Spaniens und selbst Italien zu befriedigen, aber es scheitert an der Maximalforderung der internationalen Forderungen anzunehmen.

Wird in allem kann gesagt werden, daß heute in Paris die Überzeugung besteht, daß Deutschland

werde in den nächsten Wochen Ratifizierung des Völkerbundes werden, daß es aber vorher in Genf zu ziemlich heftigen Diskussionen kommen dürfte. Der Ratifizierung der Einigung folgendermaßen dar: In Berlin hatte man den Vorstoß der Studienkommission angenommen. In Warschau war man zwar nicht entzweit, aber der Außenminister Jelecki schien nicht unerschrocken. Der spanische Delegierte in der Kommission hat ebenfalls dem Vorstoß zugestimmt. Alles schien in Ordnung, als die spanische Regierung plötzlich die Langer-Frage auf dem Tische brachte. Langer hat aber nicht mit dem Völkerbund zu tun. Frankreich ist ganz bereit, seinem Verständnis im Völkerbund entgegenzukommen, aber diese Parallele kann nicht in Genf gespielt werden. Wir sind überzeugt, daß Spanien kein Hindernis in den Weg legen und die Ausföhrung des Friedensprogramms von Locarno ermöglichen wird. Für Spanien handelt es sich nur um eine innerpolitische Angelegenheit, aber seine Opposition in Genf würde genügen, um den Erfolg der Septemberkonferenz in Frage zu stellen. Dann hätten die Westmächte auf der Haltung Spaniens recht behalten. — Ein abweichender Standpunkt vertritt nach wie vor das nationalistische „Echo de Paris“. Nach der Meinung dieses Blattes gibt es nur eine praktische Lösung der Langer-Frage, nämlich die Einverleibung der Stadt in die spanische Republik. Diese unter dem Vorbehalt eines direkten Abkommens zwischen Frankreich und Spanien sowie zwischen Spanien und dem Sultan von Marokko.

Wadenstein bei Wilhelm II.

* Berlin, 27. August. Das „D. T.“ berichtet aus Amsterdam, daß Wadenstein v. Wadenstein Donnerstag zu Besuch in Doorn erwartet wird, wo er einige Tage als Gast des früheren Königs verleben wird.